

ANFRAGE von Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich) und Mario Fehr (SP, Adliswil)

betreffend Informationspolitik des Regierungsrates

"Die Anti-Informationspolitik im NPM-Musterkanton" Zürich, schrieb der Tages- Anzeiger am 8./9. Februar 1997, treibe "seltsame Blüten". Militärdirektion und Informationsdienst hätten ausrichten lassen, keine Informationen über die Vernehmlassung des Regierungsrates an das Eidgenössische Militärdepartement, EMD, über "subsidiäre Sicherheitseinsätze" herauszugeben. Diese Informationsverweigerung birgt die Gefahr, dass die heikle Diskussion um die "Schlagstöcke für Soldaten", in den Bereich der Spekulation und Gerüchteverbreitung führt.

Im Zwischenbericht der Reformkommission vom 6. November 1996 wird eine "umfassende, offene, zeitgerechte und stufenadäquate Information" als Voraussetzung für einen erfolgreichen Reformprozess genannt. Dem steht die "Reform der Verwaltungsstruktur", vom 13. November 1996 gegenüber, worin die Regierung keine Vorschläge bezüglich einer neuen Informationspolitik macht.

Das heutige "Medienzeitalter" verlangt eine transparente Information auf breitester Ebene. Parlament und Öffentlichkeit müssen frühestmöglich über die Tätigkeiten der Regierung orientiert werden. Insbesondere die wichtigen Vernehmlassungen gegenüber dem Bund verlangen nach einer unverzüglichen und klaren Veröffentlichung.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was sieht der Regierungsrat vor, um gegenüber der Öffentlichkeit zu einer umfassenden, offenen, zeitgerechten, stufenadäquaten und bürgerinnen- und bürgernahen Informationspraxis zu gelangen? Verfügt er dazu über ein Konzept für eine Informationspolitik, oder wird ein solches erarbeitet? Wenn nein, warum nicht?
2. Weshalb will der Regierungsrat seine Vernehmlassung ans EMD der Öffentlichkeit nicht bekanntgeben?
3. Welches sind die wesentlichen Inhalte der oben erwähnten Vernehmlassung?

Hartmuth Attenhofer
Mario Fehr